

Wenn du Frieden willst – reicht Krieg wirklich als Antwort?

■ LEOPOLD NEUHOLD



© Sonntagsblatt/Gerd Neuhold

Leopold Neuhold, geboren 1954, lehrte am Institut für Ethik und Gesellschaftslehre an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz, welchem er bis zu seiner Emeritierung im Oktober 2019 als Leiter vorstand.

Im Iran, in der Ukraine und anderen Konfliktregionen wird Frieden derzeit vor allem als Abwesenheit von Krieg gedacht – und mit immer neuen Waffen erkämpft. Ein Essay über die Suche nach Friedensstrategien, die tatsächlich Gewalt abbauen und Menschenrechte stärken.

In der Zusammenführung von negativ und positiv definiertem Frieden kann dieser als Prozess abnehmender organisierter Gewalt und zunehmender Verwirklichung der Menschenrechte aufgefasst werden. Friedensstrategien sind durch Schwerpunktsetzungen auf unterschiedliche Akzente des Friedensbegriffes geprägt. Die viel zitierte Formel „Si vis pacem, para bellum“ – „Wenn du (den) Frieden willst, bereite (den) Krieg vor“, lässt jene oft verfolgte Friedensstrategie erkennen: Frieden durch Vorbereitung auf Krieg zur Verhinderung eines Krieges zu sichern. Wenn aber schon Krieg herrscht, dann wird oft die Strategie „Si vis pacem, duc bellum“ – „Wenn du Frieden willst, führe

Krieg“ – also das Führen von Krieg zur Gewinnung des Friedens, eingefordert. In diesen Strategien wird Friede in erster Linie als Abwesenheit von Krieg ins Auge gefasst. Mit der Formel „Si vis pacem, para pacem“ – „Wenn du Frieden willst, bereite (den) Frieden vor“, die im Gefolge der pazifistischen Strömungen des 19. und 20. Jh. geprägt wurde, kommen verstärkt Partialwerte eines positiv definierten Friedens, wie sie den Menschenrechten zugrunde liegen, in den Blick. Sehen wir uns nun diese einzelnen Friedensstrategien im Detail an und erläutern wir ihre Wirkmächtigkeit anhand aktueller Welt- und Zeitläufte.



Solidaritäts-Kundgebung mit der Ukraine in Köln.
© Raimond Spekking,
Wikimedia Commons

Friede durch Krieg?

Friede ist in vielen Fällen auch in seiner gängigsten Bedeutung als Abwesenheit von Krieg nicht gegeben, es herrscht oft Krieg. Die Konzentration auf die Frage, wie der Krieg beendet werden könnte, führt verständlicher Weise oft zu einer Verengung des weiten Begriffsumfangs von Frieden und damit zu einer weitgehenden Ausklammerung gewichtiger Grundlagen für und Inhalte des Friedens, bedingt durch die Notwendigkeit der Abwehr von aktueller Gewalt sowie der Bekämpfung des Nährbodens von Gewalt. Die Bedrängnis durch die Gräueltaten des Krieges fokussiert auf die Gegenwart und auf die unmittelbare Abwehr des Übels, die Friedensstrategie ist geprägt vom Zugang „Frieden schaffen mit Waffen“. Wenn das Schaffen von Frieden mit immer mehr Waffen als alternativlos betrachtet wird, bleibt Frieden sehr stark – und das ist natürlich verständlich – auf Abwesenheit von Krieg in der Bekämpfung des Krieges durch ausgerichtet, zu erreichen durch Führen des Krieges.

Solches zeigt sich derzeit in der Ukraine, der Weg zum Frieden führt für die meisten Betroffenen und Beobachter über den

Verteidigungskrieg, Friede hier gefasst als anzustrebender Waffenstillstand, als Beendigung der herrschenden Gewalt durch aktuelle Gewaltanwendung. Verhandlungen bedeuten in diesem Kontext oft nur eine Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln, erst nach diesen kann nach diesem Zugang ein Friede in weiteren Dimensionen aufgebaut werden, etwa durch weiterführende Verhandlungen, die Gerechtigkeit als Grundlage haben.

Friede durch Aufrüstung?

Es scheint auf den ersten Blick widersprüchlich zu sein, für den Aufbau des Friedens die Vorbereitung auf Krieg als Mittel einzusetzen. Die Strategie „Friede durch Angst“ in der Zeit des Kalten Krieges von 1947 bis 1989 ist eine solche gewählte Option. Der Konflikt wurde durch Aufrüstung mit verschiedensten Waffen, vor allem ABC-Waffen, mit Stellvertreterkriegen, mit nahezu allen Mitteln außer einer direkten militärischen Konfrontation der Großmächte ausgetragen. Die in der Ausrichtung auf Abschreckung eingesetzten Mittel, die in einer direkten Konfrontation nicht nur den Feind, sondern auch den, der den Erstschlag setzt, zu zerstören drohen, banden viele Res-

■ „Frieden schaffen mit Waffen“, zeigt sich derzeit in der Ukraine – der Weg zum Frieden führt für die meisten Betroffenen und Beobachter über den Verteidigungskrieg.



Die Besatzung des Flugzeugträgers USS Abraham Lincoln (CVN 72) unterstützt die „Operation Epic Fury“ genannten Angriffe auf den Iran; Bild vom 4. März 2026. (U.S. Navy photo) © United States Department of Defense, Wikimedia Commons

■ Wenn sich bei Cicero die Feststellung findet, dass in Kriegen Gesetze schweigen, so heißt dies nicht, dass die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts außeracht gelassen werden dürfen.

sources, schafften aber eine, wenn auch brüchige, Sicherheit und wurden etwa von Papst Johannes Paul II. zwar als ethisch bedenklich, aber in den Bedingungen der Zeit als noch annehmbar gewertet. Dieses „para bellum“ führte aber in manchen Fällen zum „duc bellum“, also zum Gegenteil dessen, was als Frieden erreicht werden sollte. Liegt das vielleicht auch daran, dass diese Strategie sich auf der einen Seite zu sehr auf die Rüstung für den Frieden konzentrierte, auf der anderen Seite auf Abrüstung setzte durch eine vereinseitigende Strategie des „Si vis pacem, para pacem“ setzte?

Friede durch Friedensarbeit?

Macht und Machtausübung stellen ein wichtiges Thema des Friedens auf den verschiedenen Ebenen dar. Nach Max Weber ist Macht „jedwede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“. Und jeder Mensch, in verstärktem Maße jeder Staat, bedarf der Macht, um ein eigenständiges und eigenverantwortliches Leben führen zu können. In Bezug auf den Frieden geht es um Zivilisierung der auf physische und psychische Zerstörung gerichteten Gewalt zur Durchsetzung von Interessen in Bezugnahme auf den anderen. In der Beziehung der Menschen untereinander ist ein Ausgleich der Interessen oft mit Konflikt verbunden und der Wille zur Durchsetzung dieser führt dann oft zur Gewalt. Und der Friede besteht einfach auch darin, Gemeinsamkeiten auf diesem Weg zu finden, Brücken aufeinander zu bauen, mit denen die Menschenrechte aller einer Erfüllung nähergebracht werden. Der Kompromiss stellt in diesem Zusammenhang ein Mittel zur Machtgewinnung im Verzicht auf einseitige Durchsetzung der eigenen Interessen dar.

Wenn es um Frieden geht, wird heute oft nur die Ebene des Verhältnisses der Staaten untereinander oder der staatlichen Gruppen ins Auge gefasst, nicht aber die Harmonie im Menschen und unter den

Menschen. Akteure auf dem Weg zum Frieden sind damit die souveränen Staaten, die über sich keine gemeinsame Ebene etwa in Form des Reichgedankens des Mittelalters, eines Gottes, dem alle unterworfen sind, oder einer gemeinsamen Idee, die das Gemeinwohl aller berücksichtigt, haben. Ist nicht auch deswegen heute verstärkt oder fast ausschließlich wieder das „para bellum“ als Friedensstrategie zu finden, das „para pacem“ tritt in den Hintergrund.

Es geht im „para pacem“ also um andere Formen von Macht als Gewalt, die zur Schaffung einer Basis für den Frieden nachhaltiger und angemessener wirken. Es gilt nach Mitteln zu suchen, die der Gewalt den Nährboden entziehen, zugleich aber Handlungsmacht schaffen. Rechtliche Strukturen können ein solches Instrument sein, wiewohl auch dem Recht im Blick auf die Durchsetzbarkeit der Gewaltgedanke immanent ist. Daher gilt es zu unterscheiden zwischen nackter Gewalt und einer in klare Rechtskanäle gegossenen Gewalt. Die Tatsache, dass die Autorität zur Durchsetzung des Völkerrechts und des internationalen Rechts nur schwach ausgebildet bzw. geschwächt worden ist, vermindert nun aber seine Möglichkeit, die Funktion zur Erreichung und Erhaltung von Frieden wahrzunehmen. Der Perspektivenwechsel auf Friedensvorbereitung und Friedensvertiefung mit all den Maßnahmen zur Umsetzung der Menschenrechte bleibt damit aus.

Mit der Atombombe drohen

Wenn etwa militärische Macht im Sinne des „para bellum“ alle anderen Machtformen zerschlägt, mit denen gegen Aggressoren vorgegangen werden kann, wenn beispielsweise das Recht keine Beachtung findet, wenn auch jede Verhandlungslösung in der Ausübung internationalen Drucks zurückgewiesen oder zur Bestätigung der eigenen Position ausgestaltet wird und diplomatische Interventionen versagen, bedarf es als ultima ratio der militärischen Macht, um überhaupt die Basis

Die Atombombe als latente
Drohung © Wikimedia
Commons



■ Zuerst gilt es einmal kritisch die Frage zu stellen, ob wirklich schon alle gewaltlosen oder wenigstens vergleichbar gewaltloseren Mittel ausgeschöpft sind, um zu einer tragfähigen Basis zu kommen, die der Gewalt den Nährboden entzieht.

für eine wertegeladene Friedenspolitik zu schaffen. Dabei darf sich aber militärische Macht nicht verselbstständigen.

Der deutsche Politikwissenschaftler und Publizist, der als Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin vor allem durch Arbeiten zur politischen Theorie, Ideengeschichte sowie zur Theorie und Geschichte des Krieges bekannt wurde, weist auf eine „Umgewichtung der Machtsorten“ durch die russische Führung hin. Diese zeigt sich etwa in der Drohung mit dem Einsetzen von Atomwaffen. „In einer Welt der Kooperation spielten Nuklearwaffen keine sonderliche Rolle“, so Münkler in seinem Buch „Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert“ (Berlin 2024). „Das ist in einer Welt der Konflikte und Kriege anders. Im Hinblick auf die im Entstehen begriffene Weltordnung ist die russische Führung an einer Umgewichtung der Machtsorten interessiert. Dazu gehört auch eine Politik der Destruktion, die Russland seit längerem der EU gegenüber betreibt, mit dem Ziel, die Europäer nicht zu einem eigenständigen und handlungsmächtigen Akteur werden zu lassen und sie gegeneinander auszuspielen, zu schwächen und einige Mitgliedstaaten in den eigenen Einflussbereich zu ziehen.“

Zynismus für Kriegsoffer

Ob man es will oder nicht, militärische Macht in ihren Gewaltmomenten rückt damit ins Zentrum, in rechtlichen Strukturen gelegene Macht wird weitgehend entmachtet, wirtschaftliche Macht stumpf, vor allem wenn internationale Solidarität durch die Dominanz der Eigeninteressen brüchig ist, so dass „geopolitische Aspekte gegenüber wertorientierter Politik an Gewicht gewinnen“. Hier wird es nun zynisch, die direkt Betroffenen solch militärischer Gewalt mit Illusionen von wertmäßigen Elementen eines positiv definierten Friedens zu vertrösten. Es ist schon viel, wenn negativ definierter Friede erreicht werden kann. Dies ist auch von großer Bedeutung, weil in einer zu exklusiven Betonung von Aspekten des wertegeladenen Friedensbegriffes Kriegsursachen liegen können.

So kann eine Aufforderung zur Verwirklichung von Menschenrechten in einem Land dann, wenn diese Realisierung den Staat überfordert oder wenn dieser Anspruch in Überheblichkeit ohne Berücksichtigung der Realisierungsbedingungen dieses Anliegens erhoben wird, eine gewichtige Kriegsursache bedeuten.

Aber gerade deswegen ist es meines Erachtens umgekehrt ungenügend, wenn

■ Diese umfassende Strategie setzt auf der Ebene der Person, der Gesellschaft, der Wirtschaft, der Kultur, des Staates und der internationalen Staatengemeinschaft an.

man sich auf Regelungen in Ausklammerung der Wertebene beschränken wollte. Solchen Regelungen, von denen Münkler spricht, sind ein wichtiger Ausgangspunkt. Es ist aber zu bedenken, dass solche Regelungen auf einer Basis von geteilten Grundwerten aufrufen müssen, damit sie jenseits einseitigen Machtkalküls Bestand haben können. Und es ist irreführend zu glauben, nur auf der Strategie „Si vis pacem, para bellum“ aufbauen zu können, noch weniger auf der Grundlage von „duc bellum“, wenn eine wenigstens relativ dauerhafte gerechte Friedensordnung erreicht werden soll. Es geht also immer um ein Zusammenwirken dieser drei angesprochenen Strategien, natürlich mit entsprechender Schwerpunktsetzung auf die jeweilige in der konkreten Situation zielführende Strategie.

Völkerrecht hochhalten!

Zusammengefasst: Es geht um eine umfassende Strategie für den Frieden. Wenn sich etwa bei Cicero die Feststellung findet, dass in Kriegen Gesetze schweigen bzw. zum Schweigen gebracht werden („silent enim leges inter arma“), so heißt dies nicht, dass die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts außer Acht gelassen werden dürfen, es gilt, mit allen gegebenen Mitteln diese Einhaltung zu gewährleisten. Das bedeutet also nicht, sich von der Ebene von Gesetzen zurückzuziehen, vielmehr gilt es nach Bedingungen zu fragen und diese Bedingungen zu gestalten, um den Gesetzen und den auf diese Setzenden Handlungsmacht zu verschaffen.

Eine oberflächliche Verwendung des Wortes Frieden, mit der die Tatsache verdeckt werden soll, dass es einen solchen nicht gibt, auch indem man sich einem tiefergehenden Nachdenken über Frieden in der realen Situation entzieht, kann nicht Frieden schaffen. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite bedeutet es Resignation, nur noch an eine Beendigung von Krieg zu denken und nicht nach einer Fundierung des Friedens in verlässlicheren Bah-

nen außer den mit Gewalt bewährten zu suchen. Nach Möglichkeiten eines Kompromisses Ausschau zu halten und diesen auf den verschiedenen Ebenen zu suchen, bleibt Aufgabe.

Was aber, wenn dieser Ausgleich nicht nur zwischen Konfliktparteien, sondern auch in Bezug auf Spannungen in einem Wert oder zwischen Werten nicht mit gewaltlosen Mitteln des Kompromisses oder von Verhandlungen erreicht werden kann? Zuerst gilt es einmal kritisch die Frage zu stellen, ob wirklich schon alle gewaltlosen oder wenigstens vergleichbar gewaltlosen Mittel ausgeschöpft sind, um zu einer tragfähigen Basis zu kommen, die der Gewalt den Nährboden entzieht.

Gesprächsbasis erhalten!

Ist das mit Ja zu beantworten, gilt es die Frage nach einer in Rechtskanäle gegossenen Form der Gewaltanwendung auf möglichst niedrigem Niveau zu stellen, in Bezug auf die kritisch angefragt werden muss, ob Auswege aus der Gewalt offengelassen oder bewusst verschlossen werden. Dies soll auch dadurch erreicht werden, dass Versuche unternommen werden, die Gesprächsbasis aufrecht zu erhalten. In Bezug auf eine Spirale der Gewalt, die durch Gewalt nach oben getrieben, und in Abwehr einer Spirale der Gewalt, die durch Gewaltlosigkeit, die auf Gewalttäter anziehend wirkt, in Gang gesetzt wird, gilt es in einer umfassenden Strategie, die die verschiedenen Existenzebenen mit einbezieht, Wege aus der Gewalt heraus zu suchen. Diese umfassende Strategie setzt auf der Ebene der Person, der Gesellschaft, der Wirtschaft, der Kultur, des Staates und der internationalen Staatengemeinschaft an. Dabei sind die Ebenen in ihrer Bezogenheit aufeinander wie auch in ihrer Abständigkeit voneinander zu erkennen. Dies bedeutet, dass es keinen Automatismus des Übersprungs des Friedens von einer Ebene auf die andere gibt, ebenso aber auch nicht die Unauflösbarkeit von Konflikten über die Ebenen hinweg. Friede will in einer umfassenden Strategie gestaltet werden. ■